



Finanzminister Lindner will auch privates Kapital für den Wiederaufbau mobilisieren. / Foto: Ekaterina Zershchikova

Klares Bekenntnis zur Unterstützung der Ukraine

An einem historischen Ort der Berliner Industriegeschichte lud der Ost-Ausschuss am 23. Januar zu seinem traditionellen Neujahrsempfang ein. Über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Diplomatischem Corps - darunter viele Botschafterinnen und Botschafter der Ost-Ausschuss-Partnerländer - kamen dazu im Amphitheater auf dem ehemaligen AEG-Gelände am Humboldtthain zusammen. Gastredner war Bundesfinanzminister Christian Lindner, der für die nachhaltige Unterstützung der Ukraine warb, aber auch auf allgemeine wirtschaftspolitische Herausforderungen für Deutschland einging.



Der Ost-Ausschuss sei in seiner Geschichte immer ein Pionier gewesen, sagte Lindner. Das Jahr 2022 markiere nun einen „Epochenbruch“. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gebe es den Versuch, mit militärischer Gewalt Grenzen zu verschieben. „Alles, was aufgebaut wurde, wurde leichtsinnig von Putin aufs Spiel gesetzt“, sagte Lindner mit Blick auf den russischen Präsidenten. „Putin testet uns und setzt darauf, dass wir schwach sind.“ Es sei eine Wette auf unsere Wohlstandsverluste. „Ein Wohlstand von Putins Gnaden wäre wertlos.“ Viele Unternehmen des Ost-Ausschusses hätten wirtschaftliche Nachteile erlitten. Es gäbe aber keine Alternative zu den „beispiellosen Sanktionen“ gegen Russland. „Dass der Ost-Ausschuss an der Seite der Ukraine steht, zeigt, dass Putins Wette nicht aufgeht“, betonte der Finanzminister.

Lindner: „Gemeinsames europäisches Interesse an der Souveränität der Ukraine“

Dies gelte auch für die finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine. „Deutschland ist sich seiner Verantwortung bewusst“, sagte Lindner, forderte gleichzeitig aber mehr Engagement von den EU-Partnerländern. „Am Ende kann es nicht so sein, dass Deutschland finanziell mehr tut, damit andere weiter weniger tun können“, sagte er und ergänzte: „Wir haben ein gemeinsames europäisches Interesse an der Souveränität der Ukraine und wir sind eine europäische Wertegemeinschaft.“ Die Ukraine habe sich für Europa entschieden und sei gerade deswegen von Russland angegriffen worden. „Deshalb ist es unsere Verantwortung, der Ukraine eine Perspektive zu eröffnen und sie zu unterstützen.“

Lindner unterstrich dabei die Notwendigkeit, auch privates Kapital für den Wiederaufbau der Ukraine zu gewinnen. „Es wird nicht gelingen, den Wiederaufbau allein mit dem Geld der europäischen Steuerzahler zu finanzieren; entscheidend ist es, privates Kapital zu mobilisieren.“ Die Ukraine müsse viele Voraussetzungen erfüllen, damit privatwirtschaftliche Initiative dort gelingen könne. Dazu werde die Bundesregierung das Land auch mit administrativem Know-how unterstützen.

Lindner fordert „Wirtschaftswende“

Für Deutschland selbst forderte der Finanzminister eine „Wirtschaftswende“ mit Vorfahrt für investive Vorhaben, der Mobilisierung von Arbeitslosen, einer wettbewerbsfähigen Energiewende, niedrigeren Unternehmenssteuern und einem Bürokratiemoratorium. Dazu gehöre auch die Absage an das EU-Lieferkettengesetz. „Man kann nicht gleichzeitig die höchsten Energiepreise, die höchsten Bürokratielasten, einen unverändert hohen Fach- und Arbeitskräftebedarf haben und gleichzeitig sehr hohe Steuersätze“, sagte Lindner.

Die anschließende Fragerunde, die von Andreas Metz, Leiter Public Affairs im Ost-Ausschuss, moderiert wurde, wurde von den Ergebnissen einer Live-Umfrage im Publikum eingeleitet. Sowohl was ihre Umsatzerwartungen als auch die Exporte nach Mittel- und Osteuropa im laufenden Jahr angeht, zeigten sich die anwesenden Unternehmensvertreterinnen und -vertreter dabei optimistisch. Jeweils rund 40 Prozent erwarten für 2024 steigende oder zumindest gleichbleibende Umsätze. Über die Hälfte rechnen 2024 mit höheren Exporten nach Mittel- und Osteuropa als im Vorjahr.

Angesprochen auf die Chancen einer baldigen EU-Erweiterung um Partnerländer des Ost-Ausschusses betonte der Finanzminister, dass der EU-Beitritt „strikt leistungsorientiert“ sein, aber auch die Union selbst ihre Aufnahmefähigkeit herstellen müsse. „Aus geopolitischen Gründen haben wir großes Interesse, unsere Nachbarn an uns heranzuführen“, sagte Lindner und warb zugleich um eine EU als „Raum der Vielfalt“: „Wir müssen stärker berücksichtigen, dass es gesellschaftspolitisch unterschiedliche Präferenzen gibt“, so Lindner. „Das müssen wir auch tolerieren.“

Auch Claas-Mühlhäuser wirbt für Unterstützung der Ukraine und EU-Erweiterung

Zuvor hatte die Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser in ihrer Begrüßung einen Ausblick auf das Jahr 2024 und die für den Ost-Ausschuss wichtigsten Themen gegeben. Die Region des Ost-Ausschusses sei seit 2022 von Russlands Krieg gegen die Ukraine geprägt. Deshalb sei die Unterstützung des Wiederaufbaus in der Ukraine und die Hilfe für deutsche Investoren vor Ort in



Die Ost-Ausschuss-Vorsitzende Claas-Mühlhäuser und ihre beiden Stellvertreter Bruch (2.v.li.) und Dahmen (re.) begrüßten den Finanzminister im Amplifier. / Foto: Ekaterina Zershchikova



Cathrina Claas-Mühlhäuser warb zur Eröffnung um die Unterstützung der Ukraine. / Foto: Ekaterina Zershchikova

den vergangenen zwei Jahren zu einem der wichtigsten Schwerpunkte der Ost-Ausschuss-Arbeit geworden. „Wir sind hier beispielsweise mit unserem Service Desk Ukraine und einer großen Arbeitsgruppe in ständigem Kontakt mit ukrainischen Stellen und der Bundesregierung und wollen mit ihnen gemeinsam die Wiederaufbaukonferenz im Juni 2024 in Berlin zum Erfolg führen“, sagte Claas-Mühlhäuser. Sie würdigte die klare Position des Bundesfinanzministers für die Fortsetzung der finanziellen und militärischen Unterstützung des Landes. „Das ist nicht überall populär, gerade in Zeiten knapper Kassen“, sagte die Ost-Ausschuss-Vorsitzende. „Aber Deutschland darf hier nicht wackeln, das ist auch unsere klare Überzeugung als Ost-Ausschuss.“

Da passe es gut, dass 2024 ein europäisches Jahr werde, sagte Claas-Mühlhäuser mit Blick auf die Europawahlen im Juni und den 20. Jahrestag der ersten EU-Osterweiterung. „Herausgekommen ist am Ende eine unglaubliche Erfolgsgeschichte“, sagte Claas-Mühlhäuser. „Wo würden wir denn heute in Europa im internationalen Vergleich etwa mit den USA oder China stehen, wenn es diese Erweiterung damals nicht gegeben hätte?“ Die deutsche Wirtschaft wünsche sich daher mehr Tempo bei der EU-Integration der Länder des Westlichen Balkans, der Ukraine, Moldaus und Georgiens. Dringlich sei aber auch eine Intensivierung der Beziehungen mit Zentralasien und dem Südkaukasus. „Europa muss diesen Ländern klare Wirtschaftsperspektiven aufzeigen und darf sie nicht China und anderen Wettbewerbern überlassen“, sagte Claas-Mühlhäuser. Der Ost-Ausschuss biete auch in diesem Jahr eine Fülle von Veranstaltungen, um deutschen Unternehmen den Weg in die Region mit ihren 400 Millionen Menschen zu ebneten.

Austausch in „Elektropolis“

Im Anschluss an die Reden hatten die Gäste die Gelegenheit sich bei Speisen und Getränken in einem spannenden Ambiente auszutauschen. Auf dem Gelände, zu dem der Amplifier gehört, baute die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft AEG 1894 den größten Industriekomplex Berlins, in dem bis in die 1980er Jahre hinein Elektromotoren, Dynamos und Hochspannungstechnik produziert wurde. Diese Wiege der deutschen Elektroindustrie machte Berlin Anfang des 20. Jahrhunderts zur deutschen „Elektropolis“ – ein Bekenntnis zur industriellen Innovationsfähigkeit Deutschlands, die zu Deutschlands „Turn-around-Potenzial“ beiträgt, dass der Finanzminister beschwor. Ermöglicht wurde diese Veranstaltung auch durch die neuen Jahressponsoren des Ost-Ausschusses, denen wir für ihre Unterstützung herzlich danken!

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation

Die anschließende Fragerunde mit dem Minister (li.) wurde von Andreas Metz, Leiter Public Affairs im Ost-Ausschuss, moderiert. / Foto: Ekaterina Zershchikova



Osthandel bleibt trotz Dämpfer Stütze des deutschen Exports

Der historisch beispiellose Einbruch im Russland-Handel um 75 Prozent und die schwache Konjunktur in Deutschland und Mittelosteuropa haben dem deutschen Osthandel erwartungsgemäß einen Dämpfer verpasst. Das zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Gesamtjahr 2023, die der Ost-Ausschuss ausgewertet hat.

Der Wert der mit den 29 Zielländern des Ost-Ausschusses gehandelten Güter ging 2023 gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent zurück. Dazu trugen auch niedrigere Importpreise insbesondere für Energieträger und Rohstoffe maßgeblich bei. Ohne Russland wäre der deutsche Osthandel 2023 stabil geblieben. Insgesamt handelte Deutschland mit der Region aber erneut Waren im Wert von über einer halben Billion Euro: Die deutschen Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien gingen wertmäßig um 9,9 Prozent auf 261 Milliarden Euro zurück, die Ausfuhren dagegen nur um drei Prozent auf 274 Milliarden Euro.

Über 18 Prozent des deutschen Außenhandels

„Auf die 29 Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens entfallen weiter über 18 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels – mehr als auf China und die USA zusammen“, betont die Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser. „Der Osthandel ist damit weiterhin eine wichtige Stütze für den deutschen Export.“ Allein auf die elf EU-Länder in der Region entfielen 2023 16,4 Prozent des deutschen Außenhandels. „Dies unterstreicht nochmals, wie wichtig für die deutsche Wirtschaft die EU-Osterweiterung war, deren 20-jähriges Jubiläum wir dieses Jahr feiern“, so Claas-Mühlhäuser. Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass es 2023 auf den drei größten regionalen Absatzmärkten Polen (-3,7 Prozent), Tschechien (-6,1 Prozent) und Ungarn (-4,3 Prozent) konjunkturbedingt Exporteinbußen gab.

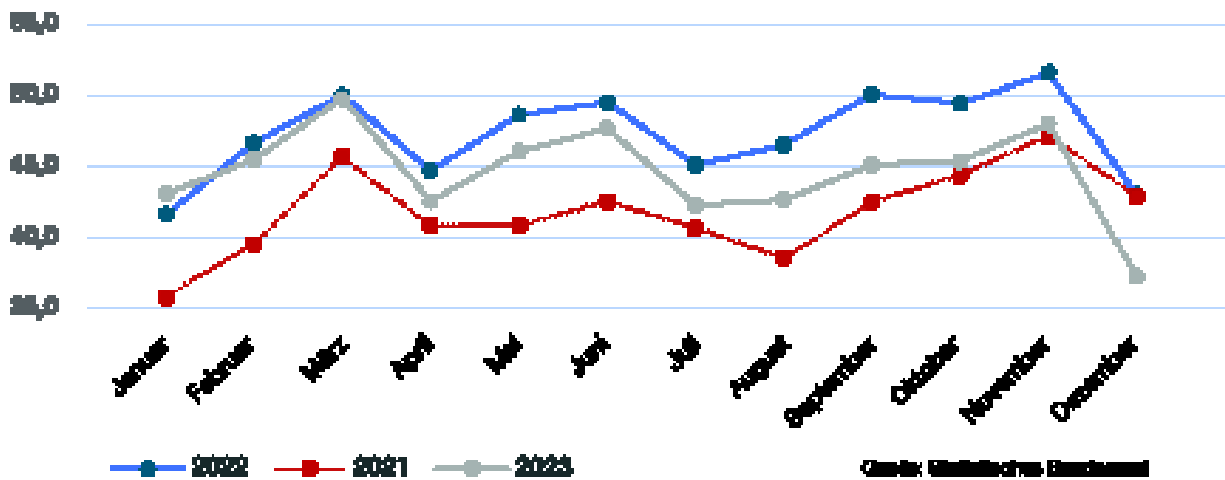
Aktuell gehen die meisten Experten davon aus, dass die Wachstumsdelle in dieser Ländergruppe 2024 überwunden wird. Neuen Schwung erwartet die Ost-Ausschuss-Vorsitzende auch vom Regierungswechsel in Polen. „Der deutsch-polnische Wirtschaftsmotor kann ein Schrittmacher für Europa werden“, sagt sie. „Die Freigabe eingefrorener EU-Mittel wird die Wirtschaft in Polen ankurbeln und damit auch den vielen deutschen Unternehmen in Polen und ihren Beschäftigten zugutekommen.“

Über zehn Jahre nach der Aufnahme Kroatiens 2013 müsse die EU endlich wieder beitragsfähig werden und damit Anreize für notwendige Reformen in den Kandidatenländern setzen, fordert der Ost-Ausschuss. „Die jahrzehntelange Hängepartie für die Länder des Westlichen Balkans beschädigt die Glaubwürdigkeit der EU, spielt dadurch anderen geopolitischen Akteuren in die Hände und bremst die wirtschaftliche Entwicklung in Europa“, betont die Ost-Ausschuss-Vorsitzende. Umgekehrt würden von einer Erweiterung des europäischen Binnenmarktes dringend benötigte Konjunkturimpulse ausgehen. „Für die deutsche Wirtschaft ist die Region mit Blick auf kurze Lieferwege und den Abbau geopolitischer Risiken unverzichtbar“, sagt Claas-Mühlhäuser. „Je mehr Länder EU-Standards übernehmen, desto besser für uns.“

Trotz geopolitischen Gegenwinds teils kräftige Exportsteigerungen

Insbesondere in Rumänien, Bulgarien und Serbien sowie in den Ländern des Südkaukasus und Zentralasiens erreichten deutsche Unternehmen 2023 trotz des geopolitischen Gegenwinds ordentliche Exportsteigerungen. Die Exporte in die Ukraine stiegen ebenfalls kräftig um 44,7 Prozent auf fast sieben Milliarden Euro, auch aufgrund der Lieferungen von Militär- und Hilfsgütern. Die Importe aus dem Land gingen dagegen um neun Prozent zurück, obwohl die EU die Einfuhr ukrainischer Produkte nach Kriegsbeginn erleichtert hat. „Es gibt ein großes Interesse der deutschen Wirtschaft am Sourcing in der Ukraine“, sagt Claas-Mühlhäuser. „Voraus-

Deutscher Osthandel je Monat in Mrd. Euro



setzung dafür ist aber ein störungsfreier Warenverkehr in die EU“. Zu den ohnehin schon langen Wartezeiten an den Grenzen kamen zuletzt noch Blockaden der Landwirte und Logistikunternehmen in den Anrainerstaaten aus Protest gegen ukrainische Konkurrenz. „Wird das Problem mit den Lieferketten aus und in die Ukraine nicht grundsätzlich gelöst, bremst dies den gesamten Wiederaufbau des Landes und belastet damit auch die EU selbst“, fürchtet Claas-Mühlhäuser. „Das müssen alle bedenken, die hier Sand ins Getriebe streuen.“

Die wirtschaftliche Entflechtung der deutschen Wirtschaft von Russland ist in den Handelszahlen deutlich ablesbar: Der deutsche Handel mit Russland schrumpfte 2023 um drei Viertel auf 12,6 Milliarden Euro. Die Ausfuhren gingen nach der Ausweitung von Sanktionen um 38,7 Prozent auf 8,9 Milliarden Euro zurück. Die früher von Energieträgern dominierten Einfuhren sanken nach dem Beginn des Ölembargos Anfang 2023 um 90 Prozent auf nur noch 3,7 Milliarden Euro. Unter den deutschen Handelspartnern fiel Russland 2023 noch hinter Slowenien auf Platz 38 (2022: Platz 14).

Sanktionen: Schlupflöcher müssen geschlossen werden

Zum Einbruch im Russland-Handel trägt auch der anhaltende Rückzug deutscher Unternehmen vom russischen Markt bei. Dabei richtet sich der Fokus der Unternehmen auch auf Zentralasien und den Südkaukasus. „Es wäre falsch die steigende Nachfrage nach deutschen Produkten in diesen Ländern einfach auf Sanktionsumgehung in Richtung Russland zu schieben“, betont Claas-Mühlhäuser. Die Neuorientierung vieler Unternehmen und die kräftige Konjunktur in der Region spielten eine wichtige Rolle. „Unsere Position ist hier glasklar: Sanktionsumgehungen müssen im konstruktiven Dialog mit den Ländern verhindert, Schlupflöcher geschlossen werden“, sagt Claas-Mühlhäuser. „Jedes sanktionierte Gut, das Russland erreicht, ist eines zu viel.“ Zugleich aber müssten Deutschland und die EU ihre Wirtschaftsbeziehungen mit diesen aufstrebenden Märkten konsequent ausbauen und sich dort nachhaltig als Partner empfehlen. „Länder wie Kasachstan und Usbekistan gewinnen als alternative Wirtschaftsstandorte, Rohstofflieferanten und Handelspartner rasant an Bedeutung“ sagte Claas-Mühlhäuser. „Wir dürfen das Feld nicht einfach China überlassen. Europa muss hier viel präsenter sein, mit Know-how und auch mit Kapital. Es ist höchste Zeit, dass die EU hier handfeste Ergebnisse in Form von Projekten vorweisen kann.“

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation



Philipp Haußmann ist neuer Stellvertretender Vorsitzender des Ost-Ausschusses. / Foto: Ernst Klett AG

Philipp Haußmann neuer stellvertretender Vorsitzender des Ost-Ausschusses

Das Präsidium des Ost-Ausschusses hat am 5. März das langjährige Vorstandsmitglied Philipp Haußmann zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Verbands gewählt. Haußmann, der Vorstandssprecher der Ernst Klett AG ist und seit 2018 dem neunköpfigen Ost-Ausschuss-Vorstand angehört, tritt die Nachfolge von Burkhard Dahmen (SMS Holding GmbH) an. Der 58-jährige Haußmann wird damit neben Christian Bruch (Siemens Energy) einer der beiden Stellvertreter der Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Cathrina Claas-Mühlhäuser (Claas KGaA). Haußmann bleibt weiterhin Sprecher des Arbeitskreises Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss. Neuer Sprecher des Arbeitskreises Zentralasien wird Ost-Ausschuss-Präsidiumsmitglied Niko Warbanoff (Deutsche Bahn AG). Er folgt auf den langjährigen Sprecher Prof. Manfred Grundke (GP Günter Papenburg AG).

Delegationsreise nach Montenegro

Es weht ein frischer Wind durch die montenegrinische Politik. Davon konnten sich die 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ost-Ausschuss-Delegationsreise nach Podgorica Ende Februar ein Bild machen. Bei Treffen unter anderem mit dem 37-jährigen Präsidenten Jakov Milatovic und dem 36-jährigen Premierminister Milojko Spajic, die mit ihrer gemeinsamen Bewegung „Europa Jetzt“ die Wahlen 2023 gewonnen hatten, wurde ein „neues Momentum“ für Wirtschaftsreformen in Montenegro und einen schnellstmöglichen Beitritt zur EU deutlich. Der deutsche Botschafter in Montenegro Peter Felten begleitete die Delegation, die vom Sprecher des Länderarbeitskreises Südosteuropa Thomas Narbeshuber, Vize-Präsident der BASF-Gruppe für Mittel- und Südosteuropa, geleitet wurde, zu allen Gesprächen. *Einen ausführlichen Bericht finden Sie unter www.ost-ausschuss.de*

Ost-Ausschuss und WKO führten Gespräche in Brüssel

Am 20. Februar führten deutsche und österreichische Unternehmen auf Vermittlung des Ost-Ausschusses in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreich Gespräche in Brüssel zum Thema Rechtsstaatlichkeit und Investitionsschutz. Besonders im Fokus standen dabei Maßnahmen der ungarischen Regierung gegen deutsche und österreichische Investoren im Bereich Baustoffe und Einzelhandel. Die Delegation, die von Ost-Ausschuss-Vorstand Philipp Haußmann und Christian Mandl, dem Leiter Europapolitik in der WKO, geleitet wurde, traf sich unter anderem mit EU-Justizkommissar Didier Reynders, MEP Lukas Mandl, Vertretern von DG Grow und DG Trade, sowie dem deutschen EU-Botschafter in Brüssel Manfred Clauß.